

Aktuelle Stunde im Rat der Stadt Hildesheim 26.5.2025
Rede Ralf Jürgens – Fraktion Die Linke
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister
Werte Ratskolleginnen und -kollegen
Werte Gäste

Die heutige Aktuelle Stunde lautet:

Stopp des Stellenabbaus bei Bosch Hildesheim

Am letzten Dienstag (20.5.2025) haben die Verantwortlichen im Bosch-Konzern die Verhandlungen mit dem Betriebsrat und der IG Metall über die Zukunft des Hildesheimer Werks und der Beschäftigten abgebrochen.

Was niemand versteht: Wir haben hier im Rat der Stadt Hildesheim vor fast zwei Monaten eine Resolution beschlossen, worin wir von der Robert Bosch GmbH bittend gefordert haben,

„alles dafür zu unternehmen, den Unternehmensstandort in Hildesheim wieder zu stärken und langfristig zu sichern und damit die sich bietenden Zukunftschancen konsequent zu nutzen sowie von einem weiteren Personalabbau am Standort Hildesheim abzusehen“

Still ruht der See.

Wer in Zeitungen und Medien nachsieht, was die Stadt in den letzten zwei Monaten getan hat, so findet man rein gar nichts.

Man hört, selbst Fernseh- und Radiosender fragen sich: was ist nur bei der Stadt Hildesheim los, wer ist da überhaupt zuständig?

Und unser Stadtblatt - die Hildesheimer Allgemeine - weiß auch nichts über Aktivitäten der Stadt zu berichten.

Herr Oberbürgermeister Meyer:

Was ist passiert zur Umsetzung unserer Resolution?

Um eins klar zu stellen: Wir als Linksfraktion sehen hier nicht nur den hildesheimer Standort, um den es bei dem Stellenabbau geht, sondern alle fünf derzeit bedrohten Standorte. Es geht uns nicht um das Prinzip: „Heiliger Sankt Florian / Verschon’ mein Haus, zünd’ and’re an!“. Zur letzten Bosch-Betriebsversammlung im Hildesheimer Wald sind Delegationen von 19 Bosch-Betriebsräten gekommen. Zusammenhalt zählt.

Im Hildesheimer Wald (im Fertigungswerk Mobility Solutions) werden Elektromotoren für die Automobilindustrie produziert. Das ist wichtig für den Umbau der Mobilindustrie weg vom Verbrenner hin zur Elektromobilität. Wichtig zum Stopp der Erderwärmung und den Abbau der Kohlendioxid-Belastung der Atmosphäre. Darüber hinaus soll Personal im Entwicklungszentrum gehen. Das betrifft die Softwareentwicklung für das autonome Fahren.

Die Bosch-Konzernleitung in Stuttgart beharrt stur darauf, sehr viele Arbeitsstellen im Hildesheimer Wald abzubauen. Ziel ist - das wird offen vom Konzern gesagt - die Personalkosten zu senken.

Die Profitrate des eingesetzten Kapitals soll gesteigert werden. Bis Ende 2027 sind betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Um den drastischen Personalabbau im Hildesheimer Wald zu erreichen, droht die Konzernführung die Schließung des kompletten Werks an. Dies für den Fall, dass der Betriebsrat und die IG Metall an der Vereinbarung festhält.

Das Herausdrängen von Arbeitern und Angestellten aus den Werken führt zu schweren sozialen Belastungen und Problemen. Sie haben sich auf die

Arbeit in den Bosch-Werken verlassen, teils seit Generationen. Nun wird die Existenz bedroht.

Die Bilanz von Bosch im Jahr 2024 weist 1,3 Milliarden Gewinn aus – was nicht wenig ist.

Es werden 186 Millionen Euro Dividende ausgezahlt - die höchste Dividende seit fünf Jahren.

Und es gibt eine Gewinnrücklage in Höhe von 41 Milliarden Euro!

Daraus leitet sich unseres Erachtens die **Forderung nach Arbeitszeitverkürzung statt Entlassungen und nach Umbau statt Abbau ab - hin zu sicheren Arbeitsplätzen und nachhaltigen Produkten.**

Nicht nur in Hildesheim drohen Werksschließungen, sondern auch zum Beispiel in Sebnitz im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Dort soll ein Boschwerk geschlossen werden. In Sebnitz hatte die AfD bei der Bundestagswahl über 50% der Stimmen.

Das jetzt Werksschließungen auf der Tagesordnung stehen, ist Wasser auf die Mühlen der AfD in Sebnitz ebenso wie in Hildesheim.

Es ist - um die Demokratie zu stärken - wichtig, den berechtigten Widerstand der Bosch-Belegschaft zu unterstützen.

Was kann die Stadt tun?

1) Die Stadt und die Demokraten im Rat stellen sich solidarisch an die Seite der Beschäftigten.

2) Vorne auf der Homepage der Stadt wird ein kontinuierlicher Button eingefügt:

Hildesheim sagt nein zum Stellenabbau bei Bosch.

Dort wird auf die Resolution verwiesen und es werden wöchentliche Sachstandsberichte über die Aktivitäten der Stadt gegeben.

3) Unser Oberbürgermeister wird beauftragt, hartnäckig auf die Erfüllung der Resolution des Stadtrates hinzuwirken und darüber öffentlich zu berichten

4) Die nächste Stadtratssitzung wird im Boschwerk durchgeführt

5) Die Stadt nutzt ihre Vertretung im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit zur sofortigen Beantragung von Sondermitteln

- zur sozialen Absicherung bei drohender Arbeitslosigkeit
- für sinnvolle Weiterbildungsmöglichkeiten
- für den Aufbau gemeinwohlorientierter nachhaltiger Arbeitsstätten bei tariflicher Bezahlung.

Das alles gilt natürlich auch für Beschäftigte anderer Betriebe wie Schlote in Harsum.

6) Die Stadt begründet einen öffentlichen gesellschaftlichen Dialog und organisiert ein Gegenwarts- und Zukunftsforum.

Inhalte dieses Forums können sein:

- Kommunale Begleitung zum weiteren Umbau zu nachhaltiger Industrie und Wirtschaft mit tariflichen Arbeitsplätzen.
- Hildesheim bleibt Friedensstadt und sagt nein zum Aufbau einer Rüstungsproduktion

An diesem Runden Tisch sollen einbezogen werden:

Kommunale Verwaltungen und Mandatsträger aller demokratischen Parteien und Wählervereinigungen, Gewerkschaften, tarifgebundene Betriebe, Organisationen der Zivilgesellschaft, Religionsgemeinschaften, Sozialverbände, Arbeitsagenturen und Jobcenter.
Dieses Zukunftsforum soll regelmäßig tagen.

Fazit

Der Profit ist nicht das Maß aller Dinge.

Die Gesellschaft in Hildesheim und im ganzen Land benötigt eine gemeinwohlorientierte soziale Wirtschaft aus Industrie, Handwerk und Dienstleistung mit guter Arbeit.

Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt.